

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 23. Dezember 2009
zur Vorlage Nr.: [2009-289](#)
Titel: **Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten
(2008/135)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Delegation der Kompetenz zur Sperrung von Internet-Seiten ([2008/135](#))

Vom 22. Dezember 2009

1. Ausgangslage

An der Landratssitzung vom [27. November 2008](#) wurde eine Motion von Klaus Kirchmayr als Postulat an den Regierungsrat überwiesen. Darin wird auf die Ablehnung einer zentralen Sperrung der Internetseite «festzeit.ch» für alle Schulen im Kanton durch den Landrat am 8. Mai 2008 nach lebhafter Debatte verwiesen. Der Motionär beantragt der Regierung eine Anpassung der Informatikstrukturen und -prozesse, welche es allen kantonalen Schuleinrichtungen erlaubt, in eigener Kompetenz über die allfällige Sperrung gewisser, den Unterrichtsbetrieb beeinträchtigender Websites, zu entscheiden.

In der Vorlage vom 20. Oktober 2009 zeigt die Regierung verschiedene Möglichkeiten für die Sperrung von Internet-Seiten auf. Die einfachste und kostengünstigste Lösung wäre die zentrale Sperrung durch die Swisscom. Individuelle Lösungen für die Schulen wären machbar, aber sehr aufwändig und teuer. Der Regierungsrat kommt in erster Linie zum Schluss, dass ein wirksamer Schutz der Schülerinnen und Schüler bei der Internetnutzung mittels Pädagogik, Dialog und Wachsamkeit erreicht wird. Bei prohibitiven Lösungen (Sperrung) sei davon auszugehen, dass sich die Schülerinnen und Schüler einen Spass daraus machen, die Filter zu umgehen und dass dies auch immer wieder gelingt. Schülerinnen und Schüler müssten lernen, sich im Internet sicher, bewusst und verantwortungsvoll bewegen zu können. Dazu gehören die kompetente Beurteilung von Inhalten und ethisch korrektes Verhalten.

Das Vermitteln eines sorgsamem Umgangs mit modernen Kommunikations- und Austauschmitteln (Internet, Handy) unter Hinweis auf mögliche Gefahren sollte nicht durch technische, sondern vielmehr durch erzieherische, aufklärende Massnahmen stattfinden. Die Regierung zieht das Fazit, dass Internet-Filter aus obigen Überlegungen abzulehnen sind. Sie verhindern die Medienkompetenz und sind in Anschaffung und Betrieb im Verhältnis zu ihrem zweifelhaften Nutzen zu teuer und aufwändig. Aufgrund dieser Überlegungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat abzuschreiben.

2. Zielsetzung des Postulates

Alle kantonalen Schuleinrichtungen sollen in eigener Kompetenz über die allfällige Sperrung gewisser, den Unterrichtsbetrieb beeinträchtigender Websites entscheiden können.

3. Kommissionsberatung

3.1. Organisation der Beratung

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an der Sitzung vom 3. Dezember 2009 beraten. An der Sitzung waren Regierungsrat Urs Wüthrich und Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, sowie Bruno Siegenthaler, Leiter Direktionsinformatik BKSD, für die Erläuterungen des Sachverhaltes sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend.

3.2. Beratung im Einzelnen

Regierungsrat Urs Wüthrich stellt fest, dass seit der Überweisung des Vorstosses von «festzeit» nicht mehr die Rede ist, dafür sind neue Labels, wie etwa «facebook», aufgetaucht, was tatsächlich an den Schulen ein Problem darstellt. Es stellt sich aber auch die Frage, ob «facebook» angesichts der Anzahl 'Einschläge' in der kantonalen Verwaltung gesperrt werden soll. Mit der Grundproblematik, was mit technischen Massnahmen gesperrt werden kann und was auch ausserhalb der Schulen ein pädagogisches Problem darstellt, ist man in allen Bereichen konfrontiert.

Die Grüne Fraktion hält fest, eine Individuallösung sei nie gewünscht worden. Klaus Kirchmayrs Vorstoss gründete auf dem Vorstoss, welcher eine Sperrung der Website «festzeit.ch» verlangte. Mit Genugtuung wird zur Kenntnis genommen, dass die Regierung sich der Problematik bewusst ist. Man plädiert auf Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag an die Regierung, für den Bedarfsfall eine unkomplizierte Lösung zur kantonsweiten temporären Sperrung einzelner Problemseiten zum Kostenpunkt null für alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe I vorzusehen. Durch eine kurzfristige Sperrung des Zugangs könnten den Schulen ein grosser Teil des Problems abgenommen werden.

In der Beratung ist die Mehrheit der Kommission anderer Meinung. Zwar gab die Seite «festzeit» den Anstoss, daneben sind im Internet aber Millionen von problematischen Inhalten verfügbar. Soll nun von Kantonsseite jemand eingestellt werden, der das Internet auf problematische Inhalte hin durchforstet, oder reagiert man auf Reklamationen von Schulen, und wer entscheidet, ob ein Inhalt problematisch ist oder nicht? In den Schulen ergibt sich übrigens mit den Handys dieselbe Problematik; auch damit können die Schüler ins Internet. Wird der PC gesperrt, so kann die Sperre umgangen werden. Eine Landrätin ortet Widersprüchlichkeiten in der Argumentation der Befürworter. Soll der Umgang mit dem Instrument gelernt werden, so macht es keinen Sinn, bereits Einschränkungen einzubauen. Sie erinnert sich an ähnliche Verbotsideen bezüglich Fernsehkonsum, als ihre Kinder noch jünger waren. Eine andere Landrätin moniert, sie habe seit der Debatte im Landrat nie mehr etwas zu «festzeit» vernommen, weder von einer Lehrkraft, noch von einer Schulleitung oder von Eltern. Das Problem hat sich, wie damals prophezeit, offensichtlich von selbst erledigt. Zurzeit werde über «facebook» etc. diskutiert.

Für Regierungsrat Urs Wüthrich ergeben sich, gestützt auf die Diskussion und die Berichterstattung, folgende Feststellungen: 1. Will man das Ganze praktisch zum Nulltarif machen, so bleibt einzig die Variante: Auf Antrag einer Schule entscheidet der Bildungsrat, dass einzelne Seiten für alle Schulen gesperrt werden. 2. Die individuelle Variante, welche unbestrittenermassen aufwändig ist und relativ hohe Kosten auslöst. Sein Fazit: Es ist unbestritten, dass es immer wieder zu neuen Problemen kommt. Daher muss bei der IT-Strategie das Thema in grösserem Rahmen mitgedacht werden. Man wird sich dabei auch von den zur Zeit mit der Ausarbeitung der kantonalen Gesamtstrategie beauftragten externen Fachleuten beraten lassen.

://: Eintreten ist unbestritten.

SP, SVP, FDP und CVP/EVP sind für Eintreten und Abschreibung des Postulats. Die Grünen sind für Eintreten und Nichtabschreibung.

4. Antrag

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 10 : 2 Stimmen ohne Enthaltungen Zustimmung zur Vorlage 2009/289 und somit zur Abschreibung des Postulats [2008/135](#).

Füllinsdorf, 22. Dezember 2009

Im Namen der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Der Präsident: Karl Willimann